

Dieter Segert

DER STAATSSOZIALISMUS WAR MEHR ALS NUR EIN POLITISCHES HERRSCHAFTSVERHÄLTNIS

Anmerkungen zu einem theoretischen Defizit des Totalitarismuskonzepts

Die Totalitarismustheorie hat in den letzten zwei Jahrzehnten, ausgehend von den Erfahrungen oppositioneller Intellektueller in den Ländern Osteuropas und ihren zeitgenössischen Deutungen, eine Konjunktur erlebt. In diese Strömung lässt sich Miloš Havelkas Versuch einordnen, eine Kontinuität in der Geschichte der Tschechoslowakei zwischen 1938 und 1956, in gewissem Sinne bis 1989 herzustellen.¹ Meine Ausführungen sollen nicht als eine umfassende Würdigung seines interessanten Textes verstanden werden. Die von Havelka entwickelte differenzierte Bezugnahme auf die Ideengeschichte des Begriffs soll in meinen Bemerkungen ebenso wenig berücksichtigt werden wie seine bedenkenswerten Ausführungen zu den Wirkungen von Mentalitäten und Generationenerfahrungen, oder aber die Gedanken zu der massenhaften sozialen Entwurzelung in der tschechoslowakischen Nachkriegsgesellschaft. Mich wird im Folgenden einzig die Frage beschäftigen, welche Erkenntnisgrenzen die ausschließliche Beschäftigung mit der Herrschaftsform mit sich bringt. Die Konzentration auf die Ausgestaltung des politischen Herrschaftsverhältnisses ist für sich allein genommen nicht geeignet, die Geschichte des Staatssozialismus in der Tschechoslowakei mit ihren bewegenden Kräften, ihrem Wandel und Ende zu begreifen. Ich plädiere dafür, die politische und die Sozialgeschichte in ihrer Verschränkung zu analysieren, statt alles aus einer reinen Geschichte der politischen Herrschaftsform erklären und verstehen zu wollen.

In diesem Sinne beziehe ich mich in dem nachfolgenden Text auch auf einen Teilaspekt der sehr anregenden Ausführungen von Petr Pithart zur sozialen Kontinuität von der „Normalisierungsperiode“ bis zu der 1989 einsetzenden Transformation der Gesellschaft.² Pithart kennzeichnet die Gesellschaft der Normalisierungszeit mit dem Begriff „post-totalitär“, da dieser geeigneter sei als die beiden anderen geläufigen Termini „autoritär“ und „totalitär“. Seine Erklärung für das Phänomen der Anziehungskraft, die der Totalitarismusbegriff auf diejenigen ausübt, die vom Normalisierungsregime profitiert haben, halte ich für überzeugend.³ Pithart macht auch plausibel, weshalb er sich trotz gewisser Bedenken für die Verwendung des Begriffs „post-totalitär“ entscheidet. Viele seiner Argumente sind schlüssig, ebenso wie seine Kritik an Havelkas Unterscheidung zwischen einer schwachen und einer

¹ Havelka, Miloš: Vergleich des Unvergleichbaren. Oder: Gab es in der neuesten tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus? In: *Bohemia* 49 (2009) H. 2, 311-330, hier 319 f.

² Pithart, Petr: 1969-1989: Fehlt ein Begriff oder eher der Wille, zu verstehen? In: *Ebenda* 399-411.

³ *Ebenda* 405.

starken Diktatur. Aber auch bei ihm fehlt die theoretische Einsicht in die Eigenständigkeit sozialer Prozesse; auch Pithart leitet seine Begrifflichkeit ausschließlich aus den politischen Formen ab.

Meine These, die ich unten weiter ausführen werde, lautet: Die Untersuchung des Staatssozialismus als einer spezifischen Diktatur lässt sich nicht getrennt von seiner Analyse als Gesellschaft durchführen. Dass der Staatssozialismus eine Diktatur war, ist bekannt, aber wie diese über lange Zeit funktioniert hat und stabil blieb, bedarf weiterer Untersuchung und Erklärung. Die Herrschaftsgeschichte des Staatssozialismus muss zu diesem Zweck durch seine Sozialgeschichte ergänzt werden. Der Staatssozialismus war bekanntlich aber mehr als eine spezifische Form der Diktatur, also eine undemokratische Form von Herrschaft, er war auch eine wirksame Sozialordnung. Seine „Doppelexistenz“ zeigte sich noch nach seinem Ende in der konkreten Gestalt seiner Hinterlassenschaften: Obwohl seine formellen politischen Institutionen verschwunden sind, bleiben Verhaltensmuster konstant und bestimmte soziale Beziehungen, die sich im späten Staatssozialismus herausgebildet haben, erweisen sich als entscheidend für die Funktionsweise des postsozialistischen Institutionensystems. Pithart spricht in diesem Sinne von Pfadabhängigkeit.⁴

Wenn also mentale und soziale Prägungen die politischen Formen des „Ancien Régime“ überdauert haben, müssen wir über eine reine Beschäftigung mit diesen politischen Formen hinausgehen und ihre soziale Einbettung erforschen. Zudem gilt es zu fragen, welche Grundeinsichten durch die Konzentration auf die Herrschaftsformen – unabhängig davon, ob wir diese als „autoritär“, „totalitär“ oder „post-totalitär“ begreifen⁵ – verstellt werden.

Die hier entwickelte Forderung nach einer Einbettung der Herrschafts- in die Sozialgeschichte des Staatssozialismus lässt sich in die folgenden drei Thesen aufspalten:

1) Die Stabilität einer Herrschaftsordnung kann nicht begriffen werden, ohne deren Unterstützung durch mehr oder weniger große Teile der Bevölkerung in den Blick zu nehmen. Damit wird sie, gestützt auf Max Webers Typen der legitimen Herrschaft,⁶ als eine Art moderner Herrschaft definiert.

⁴ *Ebenda* 402.

⁵ Bei Juan Linz finden sich alle drei Begriffe, wobei ihm das Verdienst gebührt, den grundsätzlichen Unterschied zwischen „autoritärer“ und „totalitärer“ Macht herausgearbeitet zu haben. Sie sind demnach keineswegs nur als schwache oder starke Diktatur zu begreifen. Linz unterstellt etwa, dass aus einer autoritären Herrschaft ein endogener Weg zur Demokratie möglich sei, vom Ausgangspunkt einer totalitären Diktatur dagegen kaum. Für den letzteren Fall bedürfe es zusätzlich exogener Impulse. Vgl. Linz, Juan J.: Totalitäre und autoritäre Regime. Berlin 2000 (Potsdamer Textbücher 4). – Vgl. auch die Typologisierung verschiedener staatssozialistischer Regime, die jeweils unterschiedliche Legacies für die spätere Demokratisierung hervorbringen: Ders./Stepan, Alfred: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-communist Europe. Baltimore u. a. 1996. – Bei Linz: Totalitäre und autoritäre Regime 227 ff. findet der Begriff „post-totalitär“ im Sinne Pitharts Verwendung, also als Machtverhältnis, das Spuren der vorangegangenen totalitären Phase aufweist. *Ebenda* 228.

⁶ Vgl. dazu Würtenberger, Thomas: Legitimität, Legalität. In: Brunner, Otto/Conze, Werner/Kosselleck, Reinhart (Hgg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Studienausgabe. Bd. 3. Stuttgart 2004, 677–740, hier 679.

2) Unser theoretisches Modell des Staatssozialismus muss den beobachtbaren substanzialen Wandel dieser Gesellschaften erklären können. Es ist kein Zufall, dass die Vertreter einer reinen Herrschaftsgeschichte bei der Deutung der tschechoslowakischen Geschichte gerade die Entwicklung in der tschechoslowakischen Reformperiode der ersten Hälfte der 1960er Jahre – einschließlich des „Prager Frühlings“ – ausklammern. Auch Havelka springt in seinem Text von „1956“ unter Umgehung von „1968“ direkt zur „Normalisierungszeit“ nach der militärischen Niederschlagung der Reformpolitik.

3) Schließlich kann das Erbe des Staatssozialismus in der Transformation nur dann abgebildet werden, wenn auch die sozialen Unterströmungen der vorangegangenen Epoche berücksichtigt werden, also informelle soziale Akteursgruppen sowie ihre Beziehungen zueinander. Pithart hat diese soziale Kontinuität hervorgehoben, obwohl auch in seinem Text die Frage nach der richtigen Definition der politischen Herrschaftsform jener Zeit im Zentrum der Aufmerksamkeit steht. Für die Lösung dieser theoretischen Aufgabe lassen sich bereits in den Debatten der Jahrzehnte vor 1989 stichhaltige Argumente finden, vor allem bei Vertretern einer modernisierungstheoretischen Interpretation des Staatssozialismus.⁷ Gerade angesichts der großen Kontinuität der formellen Institutionenstruktur im Staatssozialismus ist es unerlässlich, die informellen Strukturen und Akteure zu analysieren, die sich „unter der Oberfläche“ gebildet haben und die reale Funktionsweise der postsozialistischen Gesellschaft bestimmten.

Diese drei theoretischen Prämissen, die der sozialgeschichtlichen Analyse von Herrschaft im Staatssozialismus vorangestellt werden, werden später ausführlich erörtert. Vorab noch eine begriffliche Präzisierung zur ersten Fragestellung: Mit dem dort verwendeten Begriff der „Unterstützung“ soll eine partielle Übereinstimmung zwischen der kleinen Führungsgruppe der kommunistischen Partei und (mehr oder weniger großen) Teilen der Bevölkerung bezeichnet werden, wobei diese Übereinstimmung in zweierlei Hinsicht bestehen konnte: in konkreten Interessen einerseits, der Ideologie andererseits. Das staatssozialistische Machtverhältnis wurde sowohl über die von Elite und Bevölkerung geteilten Ideen und Werte als auch über die Befriedigung von Interessen großer sozialer Gruppen und zahlreicher Einzelpersonen legitimiert. Diese Interessenbefriedigung konnte über zwei verschiedene Wege erfolgen: Sie konnte das Ergebnis zielgerichteter Politik sein oder spontan und illegal erfolgen, wenn einzelne Gruppen oder Individuen Möglichkeiten, die sich zur Realisierung privater Interessen boten, nutzten und dies von der politischen Füh-

⁷ Es gibt in der klassischen Literatur zum sozialen Wandel im Staatssozialismus in dieser Richtung viele weitere Ansätze, die aufzugreifen wären, so die Forschungen zu Interessengruppen im sowjetischen Politikprozess innerhalb des Konzepts der „sozialistischen Industriegesellschaft“. Vgl. *Skilling, Gordon H./Griffiths, Franklyn* (Hgg.): *Interest Groups in Soviet Politics*. Princeton 1971. – Für die deutsche Debatte vgl. *Glaefner, Gert-Joachim*: *Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung*. Opladen 1982 (Studienbücher zur Sozialwissenschaft 44). – An diese Theorietradition knüpfen *Szelényi und Konrád* in ihrer Arbeit von 1978 über den Weg der Intelligenz zur Klassenmacht an. Vgl. *Szelényi, Iván/Konrád, György*: *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht*. Frankfurt/Main 1978.

rung – obwohl so nicht intendiert – geduldet wurde. Dieses wichtige Phänomen wird unter Punkt 3 ausführlich behandelt werden.

1. Der Staatssozialismus als partiell ideologisch und sozial legitimierte Ordnung

Die Legitimation des Staatssozialismus durch eine Ideologie, deren Versprechen in der Überwindung des kapitalistischen Systems und der Durchsetzung einer gerechten Ordnung lag, hat zumindest in einigen Ländern Osteuropas anfänglich funktioniert, darunter auch in der Tschechoslowakei nach 1945.⁸ Diese Begründung des Herrschaftsverhältnisses mit dem Ziel, eine gerechte Zukunft zu schaffen, war bei Vertretern der Intelligenz wie Schriftstellern, Gesellschaftswissenschaftlern oder Lehrern besonders wirksam. Will man der Bedeutung dieser Gruppen für die in der Gesellschaft herrschenden Sinndeutungen gerecht werden, muss das politische Herrschaftsverhältnis als zumindest dreigliedrig dargestellt werden: Zwischen die kleine politische Führungsgruppe – die „politische Elite“ in funktionaler Hinsicht – und die Masse der Bevölkerung schiebt sich vermittelnd eine Subelite oder „Dienstklasse“.⁹ Diese stützt einerseits die Herrschaftsansprüche der „Elite“ und vermittelt diese an die übrige Bevölkerung, andererseits gibt sie auch gewisse Rückmeldungen über die Wünsche und Ziele „von unten nach oben“ weiter.

Die sozialistische Ideologie verlor allerdings mit der Zeit an Anziehungskraft. In dem Maße, in dem die Heilserwartungen verblassten und die Glaubwürdigkeit des Programms eines radikalen gesellschaftlichen Wandels schwand – anders gesagt: im Prozess der De-Ideologisierung der staatssozialistischen Gesellschaften –, verminderte sich die Wirksamkeit dieser Form der Herrschaftslegitimierung. Der Erosionsprozess der kommunistischen Ideologie wurde in allen Staaten der sozialistischen Welt durch die Enthüllungen des Geheimreferats von Nikita Chrusčëv auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 deutlich befördert und gelangte mit dem Übergang zum Konzept des „Konsumsozialismus“ in den 1970er Jahren in sein Endstadium. Für diesen Niedergang war die gewaltsame Beendigung des „Prager Frühlings“ von erheblicher Bedeutung. Es gab aber auch gegenläufige Prozesse, also Phasen der Belebung der ideologischen Bindekraft der sozialistischen Zielsetzung, so etwa in einer Reihe von Ländern während der Anfangszeit der sowjetischen Perestrojka. In welchem Umfang dies geschah, gilt es empirisch zu untersuchen. In der DDR jedenfalls konnte man einen solchen Prozess der Belebung vor allem in Kreisen der Intelligenz ab Mitte der 1980er Jahre deutlich beobachten.¹⁰

Die Stabilität der Herrschaft im Staatssozialismus erwuchs zweitens auch daraus, dass die Politik der kommunistischen Parteien bestimmten Teilen der Bevölkerung

⁸ Vgl. für die SBZ/DDR meinen Text auf einer Konferenz im September 2008 in Prag: Segert, Dieter: Loyalitäten im späten Staatssozialismus. Die DDR-Intellektuellen im Vergleich. Beitrag auf der Konferenz „Loyalitäten im Staatssozialismus. DDR, Tschechoslowakei, Polen“, Prag, 25. und 26. September 2008. Im Druck.

⁹ Brie, Michael: Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich. Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen. In: Wiesenthal, Helmut (Hg.): Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands. Frankfurt/Main, New York 1996, 39-104, hier 42.

¹⁰ Segert, Dieter: Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR. Wien u.a. 2008, 34 ff.

den sozialen Aufstieg ermöglichte. Ich habe das mit dem Begriff „Nützlichkeit der Diktatur für die Beherrschten“ bereits zu beschreiben versucht.¹¹ Die Politik der kommunistischen Parteien zielte auf eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Industriearbeiter. Darüber hinaus gab es auch für andere Schichten der Bevölkerung nach dem Krieg Interessengewinne: so in Polen und der Tschechoslowakei in den Gebieten, die infolge der Aussiedlung der Deutschen frei wurden.¹² Hingewiesen werden muss in diesem Zusammenhang auch auf die Umverteilungsaktionen im Zuge der Land- und Bodenreform, die in vielen der Staaten in den ersten Jahren nach dem Krieg zugunsten von Landarbeitern und Kleinbauern ausfielen. Analoge soziale Aufstiegsprozesse waren mit der Verstaatlichung der Unternehmen verbunden, bei denen zahlreiche leitende Positionen mit Arbeitern besetzt wurden. In der DDR (bzw. anfangs der SBZ) war es vor allem die junge Generation, die weniger als die älteren und mittleren Alterskohorten durch ihr Engagement für den Nationalsozialismus diskreditiert war, welche von diesen Aufstiegschancen profitierte. In der historischen Forschung wird in diesem Zusammenhang von der „Aufbaugeneration der DDR“ gesprochen. Im Kontext der Förderung der Berufstätigkeit von Frauen kam es ferner zu einer Modernisierung der Sozialstruktur.¹³ Schließlich führte in vielen sozialistisch gewordenen Ländern die Öffnung der Universitäten für Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien zu ungekannten Aufstiegs-erfahrungen.

Im kollektiven Gedächtnis der Generationen, die im Staatssozialismus aufgewachsen sind, gibt es sehr unterschiedliche Erinnerungen an diese Aufstiegsmöglichkeiten, wie auch an den damit zusammenhängenden Abstieg anderer Gruppen und Personen. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass Menschen in jener Sozial- und Herrschaftsordnung individuell unterschiedliche Chancen hatten, sondern auch mit deren Wandel über die Jahrzehnte. Ein anderes Bild ergibt sich für den „Konsumsozialismus“ der 1970er und 1980er Jahre.¹⁴ Zwar wurden auch hier Interessen entweder bedient oder verletzt, doch anders als in der Anfangszeit. Um nur auf das Beispiel der Bildungsgerechtigkeit hinzuweisen: Während dieser Periode waren die

¹¹ *Ders.*: Die Grenzen Osteuropas. 1918, 1945, 1989 – Drei Versuche im Westen anzukommen. Frankfurt/Main 2002, 139 ff.

¹² Diese Neubesiedelung nur im Hinblick auf Entwurzelung oder verringerte Ausdifferenzierung der Gesellschaft, ihre „Vermassung“ zu deuten (wie bei *Havelka*: Vergleich des Unvergleichbaren 323 f. [vgl. Anm. 1]), greift m. E. zu kurz. Die Interessenpolitik und ihre Wirkungen auf die Loyalität der davon profitierenden Menschen ist eine eigenständige historische Tatsache, die auch empirisch nachweisbar ist.

¹³ Vgl. für die DDR: *Geißler*, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur sozialstrukturellen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland. Opladen 1992, 259 ff.

¹⁴ Zur loyalitätsstiftenden Wirkung der Sozialpolitik (einer konkreten Schnittstelle von Sozial- und Herrschaftsgeschichte) vgl. die umfangreichen Analysen zur DDR, Tschechoslowakei und Polen: *Boyer*, Christoph (Hg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bd. 10: 1971–1989. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang. Hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesarchiv. Baden-Baden 2008. – *Hübner*, Peter / *Hübner*, Christa (Hgg.): Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976. Mit einem Beitrag von Christoph Boyer zur Tschechoslowakei. Köln, Weimar, Wien (Zeithistorische Studien 45).

Wege des sozialen Aufstiegs über höhere Bildung erneut blockiert, weil nunmehr die Kinder der alten wie auch der neu entstandenen Intelligenz in die höheren Bildungseinrichtungen drängten bzw. die Kinder der körperlich arbeitenden Schichten andere Lebensentwürfe verfolgten.

Die hier beschriebene stärkere Berücksichtigung der Interessen der körperlich arbeitenden sozialen Gruppen („Arbeiter und Bauern“) in der Politik der kommunistischen Parteien kann selbstverständlich auch als Herrschaftsmittel gedeutet werden, erschöpft sich aber nicht in dieser Funktion. Der Staatssozialismus muss eben auch als Versuch angesehen werden, durch Umverteilung sozialer Chancen eine neue Sozialordnung zugunsten der bis dahin Unterprivilegierten zu schaffen.¹⁵ Diese Politik griff radikal in die Lebenswirklichkeit sozialer Gruppen ein und bedingte in der Gesamtschau den Auf- oder Abstieg eines sehr großen Teils der Bevölkerung.

Ich hatte bereits am Beispiel der Bildungspolitik erwähnt, dass die sozialen Bilanzen von Individuen und Gruppen zu unterschiedlichen Zeiten verschieden ausfielen. Wie genau sich diese veränderten, kann und muss empirisch erforscht werden. Der entscheidende soziale Aufstieg ganzer Bevölkerungsgruppen, in dessen Folge die Zahl derer rapide zunahm, die die neue Ordnung unterstützten, fand in der „revolutionär-transitorischen Phase“¹⁶ statt, also – in den osteuropäischen Staaten außerhalb der Sowjetunion – im ersten Jahrzehnt nach 1945. Ich hebe das deshalb besonders hervor, weil es unzweifelhaft auch die Zeit war, in der sich am deutlichsten „totalitäre Züge“ der Machtausübung beobachten ließen. Die Frage nach der sozialen Einbettung dieser Form von Herrschaft ist bisher von wissenschaftlichen Interpretationen aber in der Regel nicht gestellt worden. Bei Havelka beispielsweise werden die sozialen Transformationen der späten 1940er und frühen 1950er Jahre nur als die totalitäre Herrschaft stützende Veränderungen der Mentalität der tschechoslowakischen Bevölkerung angesehen, während die damit verbundene Befriedigung von Interessen und Erweiterung der Aufstiegschancen bestimmter Teile der Bevölkerung ausgeblendet bleiben.¹⁷

2. Wandel und Reformen in der Geschichte des Staatssozialismus

Der Begriff „totalitäre Herrschaft“ lässt wenig Raum für eine Erklärung des von inneren Kräften vorangetriebenen Wandels. Carl Joachim Friedrich ging sogar so weit, dass er sich das Ende des totalitären Regimetyps nur durch eine militärische Intervention vorstellen konnte.¹⁸ In der Realität vollzog sich der gesellschaftliche

¹⁵ Diese Orientierung wurde in der Legitimationsideologie durch die These von der „Arbeiterklasse“ als dem eigentlichen Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums in der modernen Gesellschaft untermauert.

¹⁶ Kornai, János: *The Socialist System. The Political Economy of Communism*. Oxford 1992.

¹⁷ Vgl. Havelka: *Vergleich des Unvergleichbaren* 327-329 (vgl. Anm. 1).

¹⁸ Einer Macht, die per definitionem übermächtig ist, kann eben kein wirklicher Widerstand, weder von Einzelnen noch von Gruppen, entgegengesetzt werden. Dieses Argument wurde Friedrich bereits in den 1950er Jahren entgegengebracht. Er reagierte darauf, indem er in seinem bekannten Buch die verschiedenen Möglichkeiten eines solchen Wandels diskutierte und gleich wieder verwarf: Dass die Sowjetherrschaft wie der Nationalsozialismus oder der italienische Faschismus militärisch beendet werden würde, hielt Friedrich aber für sehr

Wandel – auch der Wandel der politischen Herrschaftsformen – bekanntlich anders: Er bezog seine Impulse aus einer Mischung von in Teilen der Elite wahrgenommenen Effizienzproblemen und dem offenem Unmut in der Bevölkerung, also aus verschiedenen Formen von Kritik (1); aus Machtkämpfen in der Führungsspitze der Kommunistischen Partei selbst (2); oder aber wurde von einer politischen Allianz aus Reformern an der Spitze mit Teilen der Subelite zustande gebracht (3).

Die Mechanismen des Wandels differierten je nach Zeit und Land: In der Krise der Sowjetmacht im Frühjahr 1921 wirkte vor allem der erstgenannte Faktor, nach Stalins Tod vor allem die Faktoren eins und zwei. In der Tschechoslowakei der 1960er Jahre, als es zwischen 1963 und 1968 zu einer deutlichen Öffnung der Gesellschaft kam, waren hingegen alle drei Faktoren von Bedeutung. Auf Ungarn 1956 und die polnische Krise 1980/81 trafen ebenfalls alle drei Punkte zu. Für die DDR galt die Besonderheit, dass es nur selten Reformern an der Parteispitze gab, eher waren hier der Unmut in der Bevölkerung oder der politische Wille von Teilen der intellektuellen Dienstklasse ausschlaggebend.

Es waren also überaus komplexe Veränderungsmechanismen, die letztlich zur friedlichen Abkehr der Herrschenden vom Modell der staatssozialistischen Diktatur während der Krise des Systems ab Ende der 1980er Jahre führten: Einerseits kamen die Impulse für den Wandel von Reformern, die die Möglichkeit einer Erneuerung des sozialistischen Modells falsch einschätzten, andererseits waren Teile der Elite auf der Suche nach einer neuen Basis für ihre Macht. Diese neue Basis sollte im Übergang zu einem anderen Modell von Wirtschaft und Gesellschaft entstehen. Ferner war der Niedergang der bestehenden Herrschaftsordnung dadurch bestimmt, dass große Teile der Subelite der Führung ihre Unterstützung entzogen, was sich in einer tiefen Legitimationskrise der Macht der kommunistischen Parteien widerspiegelte. Die Selbstauflösung und Neugründung der beiden stärksten Reformparteien – in Ungarn im Oktober 1989 und in Polen im Januar 1990 – waren ebenso ein beredter Ausdruck dieses Zerfallsprozesses wie die Bewegung kritischer Parteimitglieder in der SED im Herbst 1989.

3. Informelle Netzwerke im Staatssozialismus und die Quellen der anhaltenden Macht der „alten Eliten“ nach 1989

Die Prozesse der Aufrechterhaltung sozialer Strukturen und der Transferierung von Machtpositionen im Systemwechsel können als gut erforscht gelten. Umfangreiche Forschungen zum Elitenwandel, in denen Positionen alter und neuer Führungsgruppen nachgegangen wurde, haben zumindest mit einer gewissen Plausibilität die Kontinuität von Teilen der Eliten nachgewiesen.¹⁹ Iván Szelényi hat in den 1990er

unwahrscheinlich – dazu sei die Erinnerung an den Sieg von 1945, der aus einer zuvor nahezu hoffnungslosen Lage heraus errungen worden war, viel zu lebendig. Friedrich, Carl Joachim/Byzeczinski, Zbigniew: Totalitäre Diktatur. Stuttgart 1957, 258. – Ein revolutionärer Aufstand von innen heraus wird angesichts der Omnipotenz der Herrschaft als unwahrscheinlich bezeichnet. *Ebenda* 263 f.

¹⁹ Die Literatur dazu ist sehr umfangreich, hier soll nur auf einige der wichtigen Analysen zu Osteuropa verwiesen werden, so auf die Sammelbände von Best, Heinrich/Becker, Ulrike

Jahren seine These von 1978 über den Aufstieg der Intelligenz während des Staatssozialismus bestätigt gesehen.²⁰ Auch Michael Ehrkes These von der „comparator intelligentsia“ als einer Gruppe, die ihre Macht sichert, indem sie ein Bündnis mit ausländischem Kapital unter Ausnutzung der Positionen eingeht, die sie bisher in der Leitungshierarchie der staatssozialistischen Wirtschaft hatte, gehört zu dieser Art theoretischer Modellierung der post-sozialistischen Realität.²¹

Welche gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen eine solche soziale Kontinuität von Teilen der alten Eliten bzw. Subeliten hat, ist allerdings bisher nur für den Sonderfall der post-sowjetischen Gesellschaften, also für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, im größeren Stil untersucht worden. Für diese Analyse wurde auf das theoretische Modell der neopatrimonialen Verhältnisse als Interpretationsraster zurückgegriffen. Die informellen Machtverhältnisse, die es einem Teil der Subelite schon im Spätsozialismus ermöglichten, trotz der formell unveränderten Herrschaft der kommunistischen Parteiführung einen bedeutenden Anteil der realen Macht an sich zu binden, haben sich nach 1989 in auch formell verankerte Formen politischer und sozialer Macht umgewandelt. Die Präsidialsysteme, die sich in der Mehrzahl dieser Gesellschaften herausgebildet und stabilisiert haben, werden durch Patron-Klient-Beziehungen gestützt, in denen politische und wirtschaftliche Macht verschmelzen. Der politische Wettbewerb findet dann vor allem zwischen verschiedenen Patronagenetzwerken, aber nicht unter wirksamer Partizipation der Bevölkerung statt.²²

Die Kontinuität bzw. der Transfer informeller Beziehungen, von Regeln und Machtpotenzialen der „grauen Ökonomie“ in anderen Subregionen Osteuropas, vor allem aber in den neuen EU-Mitgliedstaaten Ostmitteleuropas, sind dagegen bisher wenig thematisiert und untersucht worden. In seinem Beitrag weist Pithart mit Nachdruck auf diese Kontinuitäten hin und beklagt insbesondere die mangelnde Sorgfalt der Transformationseliten, die diese spontan agierenden aber mächtigen Akteure nur schwachen rechtlichen Kontrollen unterworfen hätten. Dies erklärt er damit, dass die spezifische Dynamik des postsozialistischen Marktes unterschätzt worden sei. Indessen bezeichnet Pithart die Vorstellung, der Staat sei in den Jahren vor dem Umbruch Eigentümer der großen Wirtschaftsunternehmen gewesen, als Illusion. Im späten Staatssozialismus habe nur noch eine ideologische Kulisse staat-

(Hgg.): *Elites in Transition. Elite Research in Central and Eastern Europe*. Opladen 1997. – Steiner, Helmut/Tamás, Pál (Hgg.): *The Business Elites of East-Central Europe*. Berlin 2005 (*Social studies on Eastern Europe* 3).

²⁰ King, Lawrence Peter/Szelényi, Iván: *Theories of the New Class. Intellectuals and Power*. Minneapolis u. a. 2004 (*Contradictions* 20). – Dies.: *Post-communist Economic Systems*. In: Smelser, Neil J./Swedberg, Richard (Hgg.): *The Handbook of Economic Sociology*. 2. Aufl. Princeton, Oxford 2005, 205-229, hier 213.

²¹ Ehrke, Michael: *Das neue Europa: Ökonomie, Politik und Gesellschaft des postkommunistischen Kapitalismus*. Bonn 2004 (*Europäische Politik. Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung*).

²² Siehe u. a. Fisman, Aleksandr: *Demokratija, neopatrimonialism i globalnye transformacii [Demokratie, Neopatrimonialismus und globale Transformation]*. Charkiv 2006. – Meyer, Gerd: *Formal Institutions and Informal Politics in Central and Eastern Europe*. Hungary, Poland, Russia and Ukraine. 2. Aufl. Opladen, Farmington Hills 2008.

lich kontrollierten Eigentums existiert; *de facto* seien die großen Unternehmen längst „positionsbedingtes Eigentum“ der Manager gewesen.²³ Eben jene hätten dann den Prozess der Privatisierung in großem Maße im Sinne ihrer eigenen Interessen beeinflussen können – und zwar auf informellen Wegen. Gerade eine solche Interpretation ist nun meines Erachtens ein starkes Argument dafür, sich von einer bloßen Debatte über die Qualität der politischen Herrschaftsformen zu verabschieden und den Verflechtungen von sozialen und politischen Verhältnissen sowohl im späten Sozialismus als auch nach 1989 nachzugehen.

Im Spätsozialismus hatte sich eine Form von Gesellschaft herausgebildet, in der die formellen politischen Institutionen, die den Anspruch auf absolute Herrschaft aufrechterhielten, nur als ausgehöhlte Fassade vor den ihnen widerstrebenden informellen sozialen Verhältnissen standen. Diese mächtige informelle Realität trat durch die Revolution – also in der Folge der grundlegenden Veränderung der existierenden formellen politischen und Rechtsverhältnisse – von 1989/90 offen zutage. Der Parteistaat brach zusammen, an seine Stelle traten als neue politische Institutionen Wahldemokratie, Rechtsstaat und Öffentlichkeit. Da die Fähigkeit zur politischen Partizipation aber bei einer Mehrheit der BürgerInnen nur wenig ausgebildet war – auf diese Schwäche der Bürgergesellschaft hat Petr Pithart eindrucksvoll hingewiesen – entwickelte sich nach 1989 im Prozess der Systemtransformation eine eigenständige Verbindung von „Marktwirtschaft und Demokratie“, gewissermaßen ein „postsozialistischer Kapitalismus“. Die ererbten informellen Machtpositionen aus der Zeit des Spätsozialismus konnten von einem Teil dieser Akteursgruppe erfolgreich legalisiert werden. Andere Gewinner der wirtschaftlichen Privatisierung kamen hinzu. Auch die Angehörigen der politischen Klasse gehörten zu den Gewinnern der Systemtransformation. Über die in diesem Transformationsprozess auftretenden Allianzen von politischer und wirtschaftlicher Macht ist heute noch zu wenig bekannt. Die entstehende Gesellschaft unterscheidet sich auf jeden Fall deutlich von den uns bekannten Formen von Kapitalismus und Demokratie.

Soweit meine theoretische Argumentation. Abschließend noch eine kleine politische Anmerkung: Wenn die im dritten Teil meiner Überlegungen formulierten Thesen zutreffen, dann ist die in der Politik wirksame Vorstellung, der Prozess der Demokratisierung in der Tschechischen Republik sei vor allem durch die starrsinnige und der Vergangenheit verhaftete konservative Kommunistische Partei bedroht, kaum haltbar. Die Verantwortung für die von Pithart beschriebenen Prozesse liegt meines Erachtens nicht so sehr bei Personen, die nach wie vor Mitglieder dieser Partei sind; sie muss eher bei jenen gesucht werden, die die informelle Machtposition, die sie vor dem November 1989 innehatten, erfolgreich in einen nunmehr rechtlich legitimierten Gewinn an Einfluss und Eigentum überführen konnten. Es ist zu vermuten, dass sich die betreffenden wirtschaftlichen Netzwerke in ihrem Bemühen um die Transformation von alten in neue Machtpositionen eher auf politische Verbündete in den Parteien gestützt haben, die nach 1990 Regierungsverantwortung besaßen, als auf die angeschlagenen Kommunisten.

²³ *Pithart*: Fehlt ein Begriff oder eher der Wille, zu verstehen? 407 (vgl. Anm. 2).